

Inhaltsverzeichnis

I. Das System der verbundenen Unternehmen

1. Der Konzern als Sonderfall der verbundenen Unternehmen	1
2. Der Unternehmensbegriff im Aktiengesetz	1
a) Die gesetzliche Regelung	1
b) Die Auslegung des Unternehmensbegriffs	3
b 1. Der funktionale Unternehmensbegriff	3
b 2. Der institutionelle Unternehmensbegriff	4
b 2.1. Die Kriterien des institutionellen Unternehmensbegriffs	4
b 2.2. Beispiele	5
3. Die einzelnen Arten der verbundenen Unternehmen im Aktiengesetz	5
a) Durch Rechtsakt verbundene Unternehmen	6
a 1. Unternehmensverträge	6
a 1.1. Beherrschungsvertrag	6
a 1.2. Gewinnabführungsvertrag	6
a 1.3. Gewinngemeinschaftsvertrag	7
a 1.4. Teilgewinnabführungsvertrag	7
a 1.5. Betriebspacht- und Betriebsüberlassungsvertrag	7
a 2. Eingliederung	7
b) Durch sonstige Maßnahmen verbundene Unternehmen	8
b 1. Wechselseitig beteiligte Unternehmen	8
b 1.1. Wechselseitige Beteiligung größer als 25%, aber kleiner als 50%	9
b 1.2. Mehrheitsbeteiligung eines wechselseitig beteiligten Unternehmens	10
b 1.3. Mehrheitsbeteiligung beider wechselseitig beteiligter Unternehmen	10
b 2. Abhängige und herrschende Unternehmen	10
b 3. In Mehrheitsbesitz stehende und mit Mehrheit beteiligte Unternehmen	10
b 3.1. Unmittelbare Mehrheitsbeteiligung	11
b 3.1.1. Mehrheit der Anteile	11
b 3.1.2. Mehrheit der Stimmrechte	11
b 3.2. Mittelbare Mehrheitsbeteiligung	11
b 4. Konzernunternehmen	11
b 4.1. Unterordnungskonzern	12
b 4.2. Gleichordnungskonzern	13

c) Verknüpfungen zwischen den einzelnen Formen verbundener Unternehmen durch gesetzliche Vermutungen	13
c 1. Nicht widerlegbare Vermutungen (Fiktionen)	13
c 1.1. Nicht widerlegbare Konzernvermutungen	13
c 1.2. Nicht widerlegbare Abhängigkeitsvermutung	13
c 2. Widerlegbare Vermutungen	14
c 2.1. Widerlegbare Konzernvermutung	14
c 2.2. Widerlegbare Abhängigkeitsvermutung	14
d) Rechtsfolgen der Unternehmensverbindungen im Aktiengesetz	15
e) Zusammentreffen verschiedener Arten von Unternehmensverbindungen	15
4. Unternehmensverbindungen in der 7. EG-Richtlinie	15
a) Wegfall des Konzernbegriffs	15
b) „Verbundene Unternehmen“ nach der 7. EG-Richtlinie	16
c) Assoziierte Unternehmen nach der 7. EG-Richtlinie	18
c 1. Der Begriff des assoziierten Unternehmens	18
c 2. Die Assoziierungsvermutung	19

II. Die Grundlagen der Konzernrechnungslegung

1. Rechtsgrundlagen und fachliche Stellungnahmen	20
2. Der Zweck der Konzernrechnungslegung	21
a) Der Konzern als wirtschaftliche Einheit	21
b) Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Einheit auf die Darstellung der Vermögens- und Ertragslage	22
3. Grundsätze der Konzernrechnungslegung nach deutschem Recht und nach der 7. EG-Richtlinie	23
a) Anwendung der Einheitstheorie	23
a 1. Grundsatz	23
a 2. Ausnahmen im Aktiengesetz	24
a 3. Regelung in der 7. EG-Richtlinie	24
b) Maßgeblichkeit der Einzelabschlüsse	25
b 1. Grundsatz	25
b 2. Ausnahmen im Aktiengesetz	25
b 3. Regelung in der 7. EG-Richtlinie	26
c) Einheitliche Bewertung im Konzernabschluß	27
c 1. Grundsatz	27
c 2. Die Vereinbarkeit des Grundsatzes der Bewertungseinheitlichkeit mit dem geltenden Aktienrecht	27
c 2.1. Die Antinomie zwischen dem Grundsatz der Bewertungseinheitlichkeit und dem Maßgeblichkeitsgrundsatz	27
c 2.2. Stufen der Anpassung der Einzelabschlüsse an die einheitliche Bewertung	28

c 2.2.1. Anpassung der Einzelabschlüsse an die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung	29
c 2.2.2. Anpassung der Einzelabschlüsse durch kompensierende Ausübung von Bewertungswahlrechten	29
c 2.2.3. Anpassung der Einzelabschlüsse an die konzerneinheitlichen Rechnungslegungsgrundsätze durch Aufstellung einer Handelsbilanz II (Ergänzungsrechnung)	30
c 3. Der Grundsatz der Bewertungseinheitlichkeit nach der 7. EG-Richtlinie	31
c 3.1. Allgemeines	31
c 3.2. Einzelbestimmungen der 7. EG-Richtlinie	32
c 3.2.1. Maßgeblichkeit der durch das Konzern-Mutterunternehmen angewandten Bewertungsmethoden	32
c 3.2.2. Anwendung anderer Bewertungsmethoden als nationales Wahlrecht oder Unternehmenswahlrecht	32
c 3.2.3. Aufstellung einer Handelsbilanz II (Ergänzungsrechnung)	32
c 3.2.4. Ausschaltung steuerlich bedingter Bewertungsfreiheiten	33
c 3.2.5. Berücksichtigung latenter Steuern	33
d) Vollständigkeit des Konzernabschlusses	34
d 1. Grundsatz	34
d 2. Ausnahmen im Aktiengesetz	34
d 3. Regelung in der 7. EG-Richtlinie	35
e) Stetigkeit der Konsolidierung	36
e 1. Grundsatz	36
e 2. Ausnahmen im Aktienrecht	36
e 3. Regelung in der 7. EG-Richtlinie	36
f) Einheitlichkeit der Stichtage der in den Konzernabschluß einzubeziehenden Einzelabschlüsse	37
f 1. Grundsatz	37
f 2. Ausnahmen im Aktiengesetz	38
f 3. Regelung in der 7. EG-Richtlinie	38
g) Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Konzernrechnungslegung	39

III. Die Verpflichtung zur Aufstellung von Konzernabschlüssen

1. Die Verpflichtung zur Aufstellung von Gesamtkonzernabschlüssen	41
a) Die Verpflichtung nach geltendem deutschen Recht	41
a 1. Umfang der Verpflichtung	41
a 1.1. Konzernbilanz	41

a 1.2. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (Anhang zur Bilanz)	41
a 1.3. Konzerngeschäftsbericht	42
a 1.4. Aufstellungs- und Vorlagefristen	42
a 2. Übersicht über die nach geltendem deutschen Recht zur Konzernrechnungslegung verpflichteten Unternehmen (Konzernleitungen)	42
a 3. Verpflichtung der Konzernleitungen in Form der AG oder KGaA nach § 329 Abs. 1 AktG	43
a 3.1. Ausübung der Konzernleitung	43
a 3.2. Sitz der Konzernleitung im Inland	45
a 3.3. Rechtsform der Konzernleitung	45
a 4. Verpflichtung der Konzernleitungen in Form der GmbH und der bergrechtlichen Gewerkschaften nach § 28 Abs. 1 EGAktG	45
a 5. Verpflichtung der Konzernleitungen nach dem Publizitäts- gesetz	46
a 5.1. Rechtsform der Konzernleitung	46
a 5.2. Die Größenmerkmale	47
a 5.2.1. Konzernbilanzsumme größer als einhundertfünfundzwanzig Millionen Deutsche Mark	47
a 5.2.2. Konzernaußenumsatzerlöse größer als zweihundertfünzig Millionen Deutsche Mark	48
a 5.2.3. Beschäftigtenzahl größer als fünftausend	48
a 5.2.4. Größenmerkmale für Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen	49
a 5.3. Vorliegen von zwei Größenmerkmalen an jeweils drei aufeinanderfolgenden Abschlußstichtagen	49
a 6. Konkurrenz zwischen aktienrechtlichen und publizitäts- rechtlichen Verpflichtungen	50
b) Verpflichtung zur Aufstellung eines konsolidierten Abschlusses und eines konsolidierten Lageberichts nach der 7. EG-Richtlinie	50
b 1. Umfang der Verpflichtung nach der 7. EG-Richtlinie	50
b 2. Übersicht über die Voraussetzungen für die Verpflichtung zur Aufstellung eines konsolidierten Abschlusses und konsolidierten Lageberichts	51
b 3. Voraussetzungen für die Aufstellung eines konsolidierten Abschlusses und Lageberichts bei Vorliegen von Unterordnungsverhältnissen (= Begriffsabgrenzung des Unterordnungskonzerns)	53
b 3.1. Stimmrechtsmehrheit des Mutterunternehmens	53
b 3.2. Möglichkeit des Mutterunternehmens, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorganes eines Tochterunternehmens zu bestellen oder abzufragen	54

b 3.3.	Vertragliche oder satzungsmäßige Möglichkeit des Mutterunternehmens, einen beherrschenden Einfluß auf ein Tochterunternehmen auszuüben	54
b 3.4.	Stimmrechtsmehrheit des Mutterunternehmens auf Grund von Stimmrechtsvereinbarungen	55
b 3.5.	Tatsächliche Bestellung der Mehrheit der Mitglieder der Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgane eines Tochterunternehmens (nationales Wahlrecht)	56
b 3.6.	Sonstige tatsächliche Ausübung eines beherrschenden Einflusses auf ein Tochterunternehmen (nationales Wahlrecht)	56
b 3.7.	Ausübung einheitlicher Leitung durch das Mutterunternehmen (nationales Wahlrecht)	57
b 4.	Voraussetzungen für die Aufstellung eines konsolidierten Abschlusses und Lageberichtes bei Vorliegen von Gleichordnungsverhältnissen (= Begriffsabgrenzung des Gleichordnungskonzerns)	57
b 4.1.	Einheitliche Leitung durch Vertrag oder Satzungsbestimmung (nationales Wahlrecht)	57
b 4.2.	Mehrheitliche Personenidentität in den Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorganen (nationales Wahlrecht)	58
b 4.3.	Anwendung der Konzern-Rechnungslegungsvorschriften auf Gleichordnungskonzerne	58
b 5.	Begrenzung der Konzern-Rechnungslegungspflicht auf bestimmte Rechtsformen des Mutterunternehmens bzw. der Tochterunternehmen	58
b 5.1.	Aufstellungspflichten für Mutterunternehmen in der Rechtsform der Kapitalgesellschaft	58
b 5.2.	Aufstellungspflichten, wenn lediglich Tochtergesellschaften die Rechtsform der Kapitalgesellschaft besitzen (nationales Wahlrecht)	59
b 6.	Befreiungen von der Pflicht zur Aufstellung eines konsolidierten Abschlusses und eines konsolidierten Lageberichts	59
b 6.1.	Befreiungsmöglichkeiten für „Beteiligungsgesellschaften“ (nationales Wahlrecht)	60
b 6.2.	Größenabhängige Befreiungsmöglichkeiten (nationales Wahlrecht)	60
b 6.3.	Befreiungen für „Mutterunternehmen, die gleichzeitig Tochterunternehmen sind“	62
2.	Die Verpflichtung zur Aufstellung von Teilkonzernabschlüssen	62
a)	Die Verpflichtung zur Aufstellung von Teilkonzernabschlüssen nach geltendem Recht	62
a 1.	Grundsatz und Übersicht	62
a 2.	„Befreiende“ freiwillige Aufstellung von Gesamtkonzern-	

abschlüssen oder von „Teilkonzernabschlüssen höherer Ordnung“ nach geltendem deutschen Recht	63
a 2.1. Freiwillige Aufstellung eines Gesamtkonzernabschlusses durch Konzernleitungen mit Sitz im Inland	65
a 2.2. Freiwillige Aufstellung eines Gesamtkonzernabschlusses durch Konzernleitungen mit Sitz im Ausland	65
a 2.2.1. Inhalt der Grundsätze der §§ 331–333 AktG	65
a 2.2.2. Prüfung durch Wirtschaftsprüfer	66
a 2.2.3. Bekanntmachung im Bundesanzeiger	66
a 2.2.4. Verzicht auf die Aufstellung eines Konzerngeschäftsberichtes	66
a 2.3. Befreiende Wirkung eines „Teilkonzernabschlusses auf höherer Ebene“	66
a 3. Prüfung der Verpflichtung zur Aufstellung von Teilkonzernabschlüssen nach geltendem deutschen Recht	67
b) Die Verpflichtung zur Aufstellung von Teilkonzernabschlüssen nach der 7. EG-Richtlinie	68
b 1. Grundsatz: Das „Tannenbaumprinzip“	68
b 2. Befreiungen von der Verpflichtung zur Aufstellung von Teilkonzernabschlüssen	69
b 2.1. Struktur der „befreienden“ Konzernabschlüsse der Mutterunternehmen	71
b 2.1.1. Mutterunternehmen mit Sitz in der EG	71
b 2.1.2. Mutterunternehmen mit Sitz außerhalb der EG	71
b 2.2. Berücksichtigung von Minderheitsinteressen an den zu befreienden Mutterunternehmen, die gleichzeitig Tochterunternehmen sind	72
b 2.2.1. Befreiung bei 100%iger Beteiligung des Mutterunternehmens	72
b 2.2.2. Befreiung bei 90%iger Mehrheitsbeteiligung des Mutterunternehmens	72
b 2.2.3. Nationales Wahlrecht zur Befreiung, wenn 10% bzw. 20% der Minderheitsgesellschafter nicht die Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses verlangt haben	73
b 2.3. Offenlegung und Verpflichtung zur Gewährung von Zusatzinformationen	74
b 2.3.1. Offenlegung des befreienden Abschlusses	74
b 2.3.2. Bereitzustellende Zusatzinformationen	75
b 2.3.2.1. Angaben im Anhang des Jahresabschlusses des zu befreienden Unternehmens	75
b 2.3.2.2. Zusätzliche Angaben aus dem Bereich des Teilkonzerns (nationales Wahlrecht)	75

	b 2.3.2.3. Wahlrecht der Mitgliedstaaten, weitere Angaben zu verlangen	75
	b 3. Ergebnis	76
3.	Die Abgrenzung des Kreises der in einen Konzernabschluß (Teilkonzernabschluß) einzubeziehenden Konzernunternehmen	76
	a) Der Konsolidierungskreis nach geltendem Recht	76
	a 1. Gesetzliche Regelung und Übersicht	76
	a 2. Beschränkung des Konsolidierungskreises auf Konzernunternehmen	77
	a 3. Wahrung des Aussagewertes des Konzernabschlusses	78
	a 4. Sitz des einzubeziehenden Konzernunternehmens	79
	a 5. Mehrheitsbeteiligung	80
	a 6. Konzernunternehmen von geringer Bedeutung	80
	a 7. Minderheitsbeteiligung mit Konsolidierungspflicht	81
	b) Die Einbeziehung von Unternehmen in den konsolidierten Abschluß nach der 7. EG-Richtlinie	82
	b 1. Übersicht	82
	b 2. Das Vorliegen von Mutter-Tochter-Verhältnissen als Voraussetzung für die Einbeziehung	82
	b 3. Einbeziehungsverbot bei abweichender Geschäftstätigkeit von Konzernunternehmen	83
	b 4. Die Ausübung von Unternehmenswahlrechten bei der Einbeziehung	85
	- b 4.1. Nicht-Einbeziehung wegen untergeordneter Bedeutung von Konzernunternehmen	85
	b 4.2. Nicht-Einbeziehung wegen erheblicher und andauernder Beschränkungen bei der Ausübung der Rechte des Mutterunternehmens	85
	b 4.2.1. Grundsatz	85
	b 4.2.2. Einzelfälle	86
	b 4.2.2.1. Organverbote	86
	b 4.2.2.2. Produktionsbeschränkungen und Preisreglementierungen	86
	b 4.2.2.3. Verfügungsbeschränkungen über Kapital, Vermögen und Erfolg	87
	b 4.3. Nicht-Einbeziehung auf Grund von Beschränkungen der einheitlichen Leitung bei gleichgeordneten Unternehmen	87
	b 4.4. Nicht-Einbeziehung aus Wirtschaftlichkeits- und Kostenerwägungen	87
	b 4.5. Nicht-Einbeziehung, wenn Anteile an Unternehmen nur zum Zwecke der Weiterveräußerung gehalten werden	88
	b 5. Nationales Wahlrecht, die Nicht-Einbeziehung von bestimmten Mutterunternehmen zuzulassen	89

IV. Die Kapitalkonsolidierung

1. Zweck der Kapitalkonsolidierung	90
2. Gegenstand der Kapitalkonsolidierung	90
a) Anteile am Kapital der in die Konsolidierung einbezogenen Unternehmen	91
b) Das konsolidierungspflichtige Kapital	91
b 1. Gezeichnetes Kapital	91
b 2. Offene Rücklagen	92
b 3. Ergebnis und Ergebnisvortrag	92
b 4. Sonderposten mit Rücklageanteil	93
b 5. Ausstehende Einlagen	93
b 6. Eigene Anteile und Rückbeteiligungen	94
3. Methoden der Kapitalkonsolidierung	95
a) Die deutsche Methode (Methode der erfolgsunwirksamen Stichtagskonsolidierung)	96
a 1. Grundlagen und gesetzliche Regelung	96
a 2. Der Unterschiedsbetrag gemäß § 331 Abs. 1 Nr. 3 AktG	97
a 3. Konsolidierung nach der deutschen Methode bei Vorhandensein von Minderheiten (Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz)	98
a 3.1. Grundsatz	98
a 3.2. Beispiel	99
a 3.3. Der Ausweis der Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz in der Konzernbilanz	99
a 4. Kapitalkonsolidierung nach der deutschen Methode im mehrstufigen Konzern	100
a 4.1. Kettenkonsolidierung	100
a 4.2. Simultankonsolidierung	101
a 5. Konsolidierung bei gegenseitigen Beteiligungen zwischen Konzernunternehmen	102
a 6. Kritik	103
b) Die modifizierte angelsächsische Methode (Methode der erfolgsunwirksamen Erstkonsolidierung)	104
b 1. Grundlagen	104
b 2. Beurteilung	106
c) Die echte angelsächsische Methode (Methode der erfolgswirksamen Erstkonsolidierung)	106
c 1. Grundlagen: Die „Purchase Method“	106
c 2. Die nach der 7. EG-Richtlinie vorgesehenen Verfahren der erfolgswirksamen Erstkonsolidierung	108
c 2.1. Verrechnungsmethoden bei der Kapitalkonsolidierung	108
c 2.2. Die Auflösung stiller Rücklagen im Einzelabschluß des einzubeziehenden Tochter-	

unternehmens nach der „Buchwertmethode“ und nach der „Neubewertungsmethode“	112
c 2.2.1. Die Angleichung an die konzerneinheitlichen Bewertungsmethoden und die Auflösung steuerlich bedingter „Bewertungsfreiheiten“	112
c 2.2.2. Die „Verbuchung“ des Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung nach Art. 19 Abs. 1a unter Posten der konsolidierten Bilanz (sog. Buchwertmethode)	113
c 2.2.3. Die Auflösung stiller Rücklagen bei Anwendung der „Neubewertungsmethode“ (Art. 19 Abs. 1b der 7. EG-Richtlinie)	116
c 2.3. Die Verrechnung des nicht aufgeteilten Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung (Goodwill/Badwill)	117
c 2.3.1. Die Verrechnung eines aktiven Unterschiedsbetrages (Goodwill)	117
c 2.3.2. Die Verrechnung eines passiven Unterschiedsbetrages (Badwill)	118
c 2.4. Die Berücksichtigung von Minderheiten bei der Kapitalkonsolidierung	120
c 2.4.1. Problemstellung	120
c 2.4.2. Konsolidierungsbeispiel: Die Berücksichtigung von Minderheitenanteilen bei Anwendung der Buchwertmethode nach Art. 19 Abs. 1a	121
c 2.4.3. Konsolidierungsbeispiel: Die Berücksichtigung von Minderheitenanteilen bei Anwendung der Neubewertungsmethode nach Art. 19 Abs. 1b	121
c 2.4.4. Berücksichtigung der Minderheitenanteile bei der Folgekonsolidierung	123
c 2.4.5. Ausweis der Minderheitenanteile im Konzernabschluß	123
c 3. Zeitpunkt der Ermittlung des Konsolidierungsausgleichspostens	123
c 4. Übergangsregelungen bei der erstmaligen Anwendung der Vorschriften über die erfolgswirksame Erstkonsolidierung nach Art. 19 der 7. EG-Richtlinie	124
d) Die Pooling-of-Interests-Methode	124
d 1. Grundlagen	124
d 2. Kritik	126
e) Die Quotenkonsolidierung	127
e 1. Grundlagen	127
e 2. Kritik	128

4. Kapitalkonsolidierung im Gleichordnungskonzern	129
5. Die Equity-Methode	130
a) Vergleich der Bewertung von Beteiligungen nach der Anschaffungswertmethode und der Equity-Methode im Einzelabschluß	130
a 1. Mängel der Anschaffungswertmethode	130
a 2. Das Prinzip der Equity-Methode	131
b) Anwendungsbereich der Equity-Methode nach zukünftigem Recht	132
b 1. Anwendbarkeit der Equity-Methode im Einzelabschluß	132
b 2. Die Anwendung der Equity-Methode im Konzernabschluß	132
b 2.1. Anwendung der Equity-Methode auf assoziierte Unternehmen	132
b 2.2. Anwendung der Equity-Methode auf Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen	133
b 2.3. Anwendung der Equity-Methode auf Beteiligungen an nicht in den Konzernabschluß einbezogenen Konzernunternehmen	133
c) Die Ausgestaltung der Equity-Methode nach der 7. EG-Richtlinie	134
c 1. Der Ausweis der Beteiligung nach der „Buchwertmethode“ und nach der „Kapitalanteilmethode“	134
c 2. Angleichung der Bewertungsmethoden der Aktiva und Passiva des assoziierten Unternehmens an konzerneinheitliche Bewertungsmethoden	137
c 3. Der Zeitpunkt der Erstbewertung	138
c 4. Der Ausweis und die Fortschreibung des Geschäfts- oder Firmenwertes	138
c 5. Die Fortschreibung des auf die Beteiligung entfallenden Anteils am Eigenkapital des assoziierten Unternehmens	139
c 6. Übergangsregelungen	140
c 7. Vergleich der Equity-Methode mit der Voll- und der Quotenkonsolidierung	140

V. Die Zwischenerfolgseliminierung

1. Grundlagen	141
a) Begriff und Zweck der Zwischenerfolgseliminierung	141
b) Konzernhöchstwert und Konzernmindestwert als Maßstäbe zur Ermittlung von Zwischenerfolgen	142
2. Die Kriterien der Zwischenerfolgseliminierung	143
a) Allgemeine Voraussetzungen der Zwischenerfolgseliminierung	144
a 1. Vorliegen von Vermögensgegenständen	144
a 2. Bilanzierung der Vermögensgegenstände bei einem einbezogenen Unternehmen	145
a 3. Lieferung eines einbezogenen Unternehmens	145

b)	Die Ermittlung der Zwischengewinne	145
b 1.	Grundsatz	145
b 2.	Die Konzernanschaffungskosten als Konzernhöchstwert	146
b 3.	Die Konzernherstellungskosten als Konzernhöchstwert	146
b 4.	Beispiel	147
c)	Die Ermittlung der Zwischenverluste	147
c 1.	Der Konzernmindestwert	147
c 2.	Beispiel	149
3.	Die Verrechnung der Zwischenerfolge	149
a)	Der Grundsatz der periodenanteiligen Verrechnung	149
b)	Erfolgswirksame Verrechnung der Veränderung der Bewertungsdifferenzen aus der Zwischenerfolgseliminierung	150
c)	Die Verrechnung der Bewertungsdifferenzen aus der Zwischenerfolgseliminierung nach dem Stand am Ende des Vorjahres	151
c 1.	Verrechnung mit Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr der einbezogenen Konzernunternehmen	151
c 2.	Andere Verrechnungsmöglichkeiten	152
4.	Die Regelung der Zwischenerfolgseliminierung nach geltendem Recht	153
a)	Grundsatz	153
b)	Das Verbot der Zwischenverlusteliminierung als Folge des Konzern-Niederstwertprinzips	153
c)	Gegenstand der Zwischengewinneliminierung	155
c 1.	Allgemeine Voraussetzungen	155
c 2.	Zwischengewinne mit Eliminierungspflicht	155
c 2.1.	Zur Weiterveräußerung bestimmte Gegenstände	155
c 2.2.	Außerhalb des üblichen Lieferungs- und Leistungsverkehrs erworbene Vermögensgegenstände	156
c 3.	Zwischengewinne mit Eliminierungswahlrecht	156
c 4.	Sonderproblem: Zwischengewinneliminierung bei immateriellen Anlagewerten	157
d)	Der Umfang der Konzernherstellungskosten	157
5.	Die Regelung der Zwischenerfolgseliminierung nach der 7. EG-Richtlinie	158
a)	Grundsatz: Eliminierung der Zwischengewinne und der Zwischenverluste auf der Grundlage konzerneinheitlicher Bewertungsmethoden	158
b)	Die Bestimmung der Zwischenerfolge	159
b 1.	Die Bestimmung von Zwischengewinnen auf der Grundlage des Konzernhöchstwertes	159
b 2.	Die Bestimmung von Zwischenverlusten auf der Grundlage des Konzernmindestwertes	160
b 3.	Ergebnis	161
b 4.	Nationales Wahlrecht zur Quotenkonsolidierung der Zwischenerfolge	161

b 5. Zwischenerfolgseeliminierung bei der Quotenkonsolidierung von Gemeinschaftsunternehmen	162
c) Die Verrechnung von Zwischenerfolgen	162
d) Befreiungen von der Verpflichtung zur Eliminierung von Zwischenerfolgen	163
d 1. Befreiung von der Verpflichtung zur Zwischenerfolgs- eliminierung in Fällen von untergeordneter Bedeutung	163
d 2. Befreiung von der Verpflichtung zur Zwischenerfolgs- eliminierung, wenn die konzerninternen Liefergeschäfte zu normalen Marktbedingungen durchgeführt werden	163
e) Exkurs: Zur Zwischenerfolgseeliminierung bei Anwendung der Equity-Methode	164

VI. Die Schuldenkonsolidierung

1. Grundsatz und gesetzliche Regelung	166
2. Gegenstand der Schuldenkonsolidierung	166
a) Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber einbezogenen Unternehmen	167
b) Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten aus ausstehenden Einlagen	167
c) Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	167
d) Pauschalwärtberichtigungen auf Forderungen an einbezogene Unternehmen	168
e) Rechnungsabgrenzungsposten, soweit sie konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten betreffen	168
f) Anzahlungen an einbezogene Unternehmen	169
g) Drittschuldverhältnisse	169
3. Die Behandlung der Aufrechnungsdifferenzen aus der Schulden- konsolidierung	169
a) Ursachen von Aufrechnungsdifferenzen	170
a 1. „Unechte“ Aufrechnungsdifferenzen	170
a 2. „Echte“ Aufrechnungsdifferenzen	170
b) Die Verrechnung von Aufrechnungsdifferenzen aus der Schuldenkonsolidierung	171
b 1. Grundsatz der periodenanteiligen Verrechnung	171
b 2. Das Verfahren des Sonderausschusses Neues Aktienrecht	172
b 3. Andere Verrechnungsmöglichkeiten	173
4. Die Konsolidierung der Eventualverbindlichkeiten und der Haftungsverhältnisse	174
a) Grundsatz	174
b) Konsolidierung der Haftung gegenüber einbezogenen Unternehmen	174
c) Konsolidierung der Haftungen gegenüber Dritten	175

VII. Die Umrechnung von Jahresabschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in die Konzernberichtswährung

1. Grundlagen und Übersicht	176
2. Zur Wahl zwischen Stichtagskurs und historischen Wechselkursen für die Umrechnung von Jahresabschlußpositionen	177
a) Übersicht über die Umrechnungsmethoden	177
a 1. Die Umrechnung nach der Fristigkeit der Bilanzpositionen (current/non current method)	177
a 2. Die Umrechnung nach dem Geldcharakter der Bilanzpositionen (monetary/non monetary method)	178
a 3. Die Umrechnung nach dem Zeitbezug der Jahresabschlußpositionen (temporal method)	179
a 4. Die Umrechnung zum einheitlichen Stichtagskurs (closing rate method)	180
b) Zur Diskussion um die Wahl der angemessenen Umrechnungsmethode	181
b 1. Ablehnung der current/non current method und der monetary/non monetary method	182
b 2. Wahl der Umrechnungsmethode nach Maßgabe der relativen Eigenständigkeit des ausländischen Tochterunternehmens	182
b 3. Stellungnahmen der Fachorganisationen zur Umrechnung ausländischer Einzelabschlüsse	183
b 3.1. Die Stellungnahmen des Financial Accounting Standards Board (FASB)	183
b 3.2. Die britische Stellungnahme SSAP 20	185
b 3.3. Stellungnahmen deutscher Berufsorganisationen	187
b 3.4. Die Stellungnahme des International Accounting Standards Committee (IASC)	187
b 4. Ergebnis: Angleichung der Umrechnungsmethoden an die Stellungnahme IAS 21 des International Accounting Standards Committee?	188
3. Zur Behandlung von Umrechnungsdifferenzen	189
a) Entstehungsgründe und Arten von Umrechnungsdifferenzen	189
b) Erfolgswirksame und erfolgsunwirksame Verrechnung von Umrechnungsdifferenzen	190
c) Die Behandlung der Umrechnungsdifferenzen nach den Stellungnahmen deutscher Institutionen	191
d) Die Behandlung der Umrechnungsdifferenzen in der internationalen Diskussion	192
d 1. Grundsatz	192
d 2. Die Behandlung der bilanziellen Umrechnungsdifferenzen	192
d 3. Die Behandlung der Umrechnungsdifferenzen in der Erfolgsrechnung	194

d 4. Sonderprobleme der Verrechnung von Umrechnungsdifferenzen	194
d 4.1. Die Berücksichtigung von Umrechnungsdifferenzen anlässlich der Zwischenerfolgs- und der Schuldenkonsolidierung	194
d 4.2. Umrechnungsdifferenzen aus Fremdwährungsverbindlichkeiten, die zur Finanzierung oder Kurssicherung von Auslandsbeteiligungen aufgenommen worden sind	195
4. Zur Auswahl zwischen zeitpunktbezogenen Alternativkursen	196

VIII. Die Abgrenzung latenter Ertragsteuern

1. Konzeption und Begriff der Ertragsteuerabgrenzung	198
a) Erfassung des Steueraufwandes nach geltendem Bilanzrecht	198
b) Erfassung des Steueraufwandes nach dem Konzept der „Interperiod-Tax-Allocation“	198
c) Übersicht: Die Berücksichtigung latenter Ertragsteuern nach der 4. und nach der 7. EG-Richtlinie	201
2. Die Berücksichtigung der latenten Steuern im Einzelabschluß	202
a) Mögliche Entstehungsgründe für aktive und passive Abgrenzungsposten im Einzelabschluß	202
b) Der Ansatz latenter Steuern im Einzelabschluß nach zukünftigem deutschen Bilanzrecht	203
3. Die Berücksichtigung latenter Steuern im nationalen und im internationalen Konzernabschluß	204
a) Übersicht	204
b) Übernahme der Abgrenzungsposten für latente Steuern aus den Einzelabschlüssen der einbezogenen Unternehmen	205
c) Durch erfolgswirksame Konsolidierungsmaßnahmen entstehende zeitliche Differenzen	206
c 1. Zwischenerfolgseliminierung und latente Steuern	206
c 2. Erfolgswirksame Schuldenkonsolidierung und latente Steuern	207
c 3. Erfolgswirksame Kapitalkonsolidierung und latente Steuern	207
c 4. Anwendung der Equity-Methode und latente Steuern	208
c 5. Innerkonzernliche Gewinnausschüttungen und latente Steuern	208
c 6. Aufstellung von Handelsbilanzen II (Ergänzungsberechnungen) und latente Steuern	210
c 7. Währungsumrechnung und latente Steuern	210
4. Zur Ermittlungs- und Verrechnungstechnik der Ausgleichsposten für latente Steuern	211
a) Die Bestimmung der für die Berechnung der Ausgleichsposten maßgeblichen Steuersätze	211

a 1. Berücksichtigung von Änderungen der Steuersätze im Zeitablauf	211
a 2. Die Berücksichtigung differenzierter Steuersätze	213
b) Die buchmäßige Fortschreibung der Ausgleichsposten für latente Steuern	213
5. Die Berücksichtigung der latenten Steuern nach der 7. EG-Richtlinie	214

IX. Die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

1. Rechtsgrundlagen und Überblick	216
a) Rechtsgrundlagen im Aktiengesetz	216
b) Aktienrechtliche Formen der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	218
b 1. Grundformen	218
b 1.1. Die vollkonsolidierte Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	218
b 1.2. Die teilkonsolidierte Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	219
b 1.3. Die konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung in vereinfachter Form	220
b 2. Mischformen	221
b 2.1. Mischformen zwischen der voll- und der teilkonsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung	221
b 2.2. Mischformen zwischen der vollkonsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung und der Gewinn- und Verlustrechnung in vereinfachter Form	222
b 2.3. Andere Mischformen	222
c) Die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Publizitätsgesetz	223
c 1. Hinweis auf §§ 332 und 333 AktG	223
c 2. Der Anhang zur Konzernbilanz nach dem Publizitätsgesetz	223
d) Die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung nach der 7. EG-Richtlinie	224
2. Einzelne Konsolidierungsvorgänge in der vollkonsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung	224
a) Überblick	224
b) Konsolidierung der Innenumsatzerlöse	225
b 1. Innenumsatzerlöse aus Lieferungen	225
b 1.1. Von Konzernunternehmen hergestellte oder bearbeitete Gegenstände	225
b 1.1.1. Umgliederung in andere aktivierte Eigenleistungen	226
b 1.1.2. Umgliederung in Bestandsänderungen	226
b 1.1.3. Verrechnung mit den Aufwendungen des Empfängers	227

b 1.1.4. Saldierung von Bestandsänderungen und Materialeinsatz	229
b 1.2. Von Konzerunternehmen nicht hergestellte oder bearbeitete Gegenstände	230
b 1.2.1. Verrechnung mit den Aufwendungen des Lieferers	231
b 1.2.2. Umgliederung in andere aktivierte Eigenleistungen	231
b 1.2.3. Verrechnung mit den Aufwendungen des Empfängers	233
b 2. Innenumsatzerlöse aus Leistungen	234
c) Konsolidierung anderer Erträge und Verluste	234
c 1. Andere Erträge aus Leistungen	235
c 1.1. Verrechnung mit den Aufwendungen des Empfängers	235
c 1.2. Aktivierung der Aufwendungen beim Empfänger	235
c 2. Andere Erträge aus Lieferungen	236
c 3. Andere Verluste aus Lieferungen	236
d) Konsolidierung von Ergebnisübernahmen im Konsolidierungs- kreis	237
d 1. Ergebnisübernahmen auf Grund von Ergebnisübernahme- verträgen	237
d 2. Erträge aus Beteiligungen	238
e) Konsolidierungsvorgänge aus dem Bereich der erfolgswirksamen Schuldenkonsolidierung	239
e 1. Abschreibung von Forderungen gegenüber einbezogenen Unternehmen	239
e 2. Konsolidierung von Rückstellungen für ungewisse Verbind- lichkeiten gegenüber einbezogenen Unternehmen	239
f) Konsolidierungsvorgänge im Bereich der erfolgswirksamen Kapitalkonsolidierung	240
g) Konsolidierungsvorgänge im Bereich der Bewertung von Beteiligungen nach der Equity-Methode	240
h) Konsolidierung der latenten Steuern	241
3. Konsolidierungsvorgänge in der teilkonsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung nach Aktiengesetz	241
a) Grundsatz	241
b) Die Konsolidierung der anderen Erträge und Verluste	242
c) Berücksichtigung von Zwischengewinnen	242
4. Konsolidierungsvorgänge in der Konzern-Gewinn- und Verlust- rechnung in vereinfachter Form nach Aktiengesetz	242
5. Die Darstellung der Erfolgsverwendung im Konzernabschluß	243
a) Übersicht und rechtliche Grundlagen	243
a 1. Die Darstellung der Erfolgsverwendung im Einzelabschluß nach Aktienrecht	243

a 2.	Die Darstellung der Erfolgsverwendung im Konzernabschluß nach Aktienrecht	243
a 3.	Die Darstellung der Erfolgsverwendung nach zukünftigem Einzelbilanz- und Konzernrecht	244
a 4.	Zur Diskussion um die Bestimmung des auszuweisenden Konzern-(Bilanz-)Gewinns/Verlustes	244
b)	Die Darstellung der Erfolgsverwendung nach den Vorschlägen des Sonderausschusses Neues Aktienrecht	245
b 1.	Die Empfehlungen des Sonderausschusses Neues Aktienrecht zur Verrechnung der konzerninternen Gewinnausschüttungen, zur Zwischengewinneliminierung und zur Schuldenkonsolidierung	245
b 2.	Konsolidierungsbeispiel: Ergebniswirksame Verrechnung der Konsolidierungsunterschiede	246
b 2.1.	Die Entwicklung des Konzernjahresüberschusses/-fehlbetrages aus der Summe der Jahresüberschüsse/-fehlbeträge der einbezogenen Unternehmen als Grundlage der Erfolgsverwendungsrechnung	248
b 2.2.	Die Entwicklung der Erfolgsverwendungsrechnung nach den Empfehlungen des Sonderausschusses Neues Aktienrecht	249
b 2.2.1.	Konzernjahresüberschuß	249
b 2.2.2.	Einstellungen in/Entnahmen aus offenen Rücklagen	249
b 2.2.3.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr und Konzern-(Bilanz-)Gewinn/Verlust	249
b 3.	Ergebnis und Kritik	250
c)	Konsolidierungsbeispiel: Identität des Konzern-Gewinns/-Verlustes mit dem Bilanzgewinn/-verlust des Mutterunternehmens	252
c 1.	Die Darstellung der Erfolgsverwendung nach der Empfehlung des Arbeitskreises Weltabschlüsse der Schmalenbach-Gesellschaft	252
c 2.	Ergebnis und Kritik	255

X. Gliederung der Konzernbilanz und Konzerngeschäftsbericht (Anhang, konsolidierter Lagebericht)

1.	Die Gliederung der Konzernbilanz	257
a)	Regelung im Aktiengesetz und in der 7. EG-Richtlinie	257
b)	Analoge Anwendung von Vorschriften für die Einzelbilanz	257
c)	Erleichterungen gegenüber den Vorschriften für die Einzelbilanz	258
d)	Abweichungen auf Grund der Eigenart der Konzernbilanz	259
2.	Konzerngeschäftsbericht (Anhang und konsolidierter Lagebericht)	260
a)	Rechtsgrundlagen	260
b)	Grundsätze	262

c)	Bericht über den Umfang des Konzerns und über die Abgrenzung des Konsolidierungskreises	263
c 1.	Berichtspflichten nach dem Aktiengesetz	263
c 1.1.	Bezeichnung der zum Konzern gehörenden Unternehmen mit Sitz im Inland	263
c 1.2.	Bezeichnung der in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen mit Sitz im Inland	264
c 1.3.	Angabe der Einbeziehung von Konzernunternehmen mit Sitz im Ausland	264
c 1.4.	Begründung der Nichteinbeziehung von Konzernunternehmen mit Sitz im Inland, an denen eine Mehrheitsbeteiligung besteht	264
c 1.5.	Beifügung von Einzelabschlüssen	265
c 2.	Berichtspflichten nach der 7. EG-Richtlinie	265
c 2.1.	Angaben zu den in die Konsolidierung einbezogenen Unternehmen	266
c 2.2.	Angaben zu den auf Grund von Art. 13 und 14 nicht in die Konsolidierung einbezogenen Unternehmen	266
c 2.3.	Angaben zu assoziierten Unternehmen	267
c 2.4.	Angaben zu Unternehmen, die Gegenstand einer Quotenkonsolidierung sind	267
c 2.5.	Angaben zu Unternehmen, an denen eine Mindestbeteiligung besteht	268
c 2.6.	Angaben im befreienden Konzernabschluß als Voraussetzung für den Verzicht auf die Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses	269
d)	Erläuterungsbericht	269
d 1.	Berichtspflichten nach dem Aktiengesetz	269
d 1.1.	Allgemeine Erläuterungen und Erläuterung wesentlicher Abweichungen	269
d 1.2.	Einzelangaben	270
d 1.2.1.	Bericht über die Ursachen und den bilanzmäßigen Charakter des Konsolidierungsausgleichspostens	270
d 1.2.2.	Bericht über die Haftungsverhältnisse	271
d 1.2.3.	Angabe der rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen zu anderen verbundenen Unternehmen	271
d 2.	Berichtspflichten nach der 7. EG-Richtlinie	272
d 2.1.	Erläuterung der Konsolidierungsvorgänge	272
d 2.2.	Sonstige Angaben	275
e)	Der Lagebericht	277
e 1.	Berichtspflichten nach dem Aktiengesetz	277
e 2.	Berichtspflichten nach der 7. EG-Richtlinie	278
e 2.1.	Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesamtheit der in die Konsolidierung einbezogenen Unternehmen	278

e 2.2. Einzelangaben	278
f) Schutzklausel	279
f 1. Regelung im Aktiengesetz	279
f 2. Regelung in der 7. EG-Richtlinie	279
Anhang	280
Literaturverzeichnis	379
Stichwortverzeichnis	392